

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis monatlich Mk. 4.50, vierteljährlich 13.50 frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr Mk. 15.00 einschließlich Postbestellgeld.

Anzeigenpreis: die einseitige Pettizille oder deren Raum 50 Pfg., auswärts 60 Pfg., Reklamezeilen 1.50 Mk., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif. Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung: Th. Gaf in Wildbad.

Nummer 20

Februar 1921

Wildbad, Mittwoch, den 26. Januar 1921

Februar 1921

55. Jahrgang

Das deutsche Wehrgesetz.

Der dem Reichstag zugangene Entwurf eines Wehrgesetzes enthält u. a. folgende Bestimmungen:

Die deutsche Wehrmacht besteht aus dem Reichsheer und der Reichsmarine, die aus freiwilligen Soldaten und nicht im Waffendienst tätigen Beamten gebildet und ergänzt werden. Alle Angehörigen der Wehrmacht müssen die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Die allgemeine Wehrpflicht ist abgeschafft. Die Zahl der Soldaten beträgt vom 1. Januar 1921 ab im Reichsheer 100 000 einschließlich 4000 Offizieren. Hierzu treten 300 Sanitäts- und 200 Veterinäroffiziere; in der Reichsmarine 15 000 einschließlich 1150 Offizieren und Deckoffizieren. Im Reichsheer werden aufgestellt: 21 Infanterie-Regimenter zu je 3 Bataillonen und je 1 Minenwerferkompanie, 18 Reiter-Regimenter zu je 4 Eskadronen, 7 selbständige Eskadronen, 7 Artillerie-Regimenter zu je 3 Abteilungen, 3 selbständige Artillerie-Regimenter, 7 Pionierbataillone, 7 Nach- und Nachrichtenabteilungen, 7 Kraftfahrabteilungen, 7 Fahrradabteilungen, 7 Sanitätsabteilungen. Hieraus werden 2 Gruppenkommandos und 7 Divisionen und 3 Reiterdivisionen gebildet. Jede Division wird in der Regel in einem Wehrkreis untergebracht.

Die Flotte wird gebildet aus 6 Linienschiffen, 6 kleinen Kreuzern, 12 Zerstörern, 12 Torpedobooten.

Die Befehlshührung liegt ausschließlich in der Hand der gesetzmäßigen Vorgesetzten.

Der Reichspräsident ist der oberste Befehlshaber der gesamten Wehrmacht; unter ihm übt der Reichswehrminister Befehlsgewalt über die gesamte Wehrmacht aus. An der Spitze des Reichsheers steht ein General als Chef der Heeresleitung. Als beratende und begutachtende Körperschaften sind beim Reichswehrministerium eine Heeres- und eine Marinekammer zu bilden, deren Mitglieder aus geheimer Wahl hervorgehen. Soweit nicht gesetzliche Vorschriften anders bestimmen, werden die grundlegenden Vorschriften über den militärischen Dienstbetrieb, insbesondere über die Handhabung der Manneszucht und die Wehrverfassung sowie über die Pflichten und Rechte der Vertrauensleute vom Reichspräsidenten erlassen. Zu den Ländern werden auf ihr Verlangen Landeskommandanten bestellt, die innerhalb ihres Dienstbereichs die Landesinteressen, die landsmannschaftliche Eigenart und die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Länder zu berücksichtigen haben. Sie werden durch den Reichspräsidenten auf Vorschlag der Landesregierung ernannt. Der Landeskommandant in Bayern ist zugleich Befehlshaber des bayerischen Verbands. Ausnahmen sind im Einvernehmen mit der bayerischen Landesregierung zulässig. Die Truppen erhalten grundsätzlich in dem Land ihren dauernden Standort, zu dessen Landsmannschaft sie gehören. Ausnahmen regelt der Reichspräsident im Einvernehmen mit der Landesregierung. Die Standorte der Truppen innerhalb der Länder sollen im Einverständnis mit den Landesregierungen bestimmt werden. In der Bezeichnung der Truppen ist neben der Bezeichnung als Reichstruppe gleichzeitig die landsmannschaftliche Zugehörigkeit zum Ausdruck zu bringen. Der Reichswehrminister hat unbeschadet des Oberbefehls des Reichspräsidenten das Recht, die vorübergehende Entsendung von Truppenteilen zu besonderen Zwecken aus einem Lande des Reichs nach einem anderen anzuordnen. Die Landesregierung ist in der Regel vorher zu hören.

Im Falle öffentlicher Notstände oder einer Bedrohung der öffentlichen Ordnung hat die Wehrmacht auf Anfordern der Landesregierungen Hilfe zu leisten. Das Ersuchen soll ergeben, wenn die eigenen Kräfte nicht ausreichen. Es ist an die Landesregierung, im Falle dringender Gefahr an den nächsten militärischen Befehlshaber zu richten. Dem Ersuchen ist stattzugeben, wenn nicht schon der Reichspräsident sich die Verfügung über die Truppe im besonderen Falle vorbehalten hat. Selbständiges militärisches Einschreiten ist nur zulässig, wenn die Behörden durch höhere Gewalt außerstande gesetzt sein sollten, das militärische Einschreiten herbeizuführen, oder, wenn es sich nur um Zurückweisung von Angriffen oder Widerstandshandlungen gegen Teile der Wehrmacht handelt.

Wer in die Wehrmacht als Soldat eintreten will, verpflichtet sich auf 12 Jahre zu ununterbrochenen Diensten im Reichsheer oder in der Reichsmarine. Den Unter-

offizieren und Mannschaften soll während ihrer Dienstzeit eine vorbereitende Ausbildung für den Übergang in bürgerliche Berufe gewährt werden. Jeder Angehörige der Wehrmacht kann nach Maßgabe seiner Fähigkeiten und Leistungen zu den höchsten Stellen gelangen. Der Offiziersberuf soll Lebensberuf sein. Während der ersten 25 Offiziers-Dienstjahre ist ein Ausscheiden aus den Diensten nur möglich, soweit der Abschied erteilt wird, weil der Offizier die erforderlichen körperlichen oder geistigen Kräfte oder die nötige dienstliche Eignung nicht mehr besitzt, oder wenn in seinen bürgerlichen Verhältnissen eine wesentliche Änderung eingetreten ist.

Die Angehörigen der Wehrmacht dürfen innerhalb des Dienstbereiches politisch nicht betätigt werden.

Die Pariser Konferenz.

Paris, 25. Jan. An der gestrigen ersten Sitzung, die um 10 Uhr vormittags begann, nahmen teil: für England Lloyd George und Lord Curzon, für Frankreich Briand und Berthelot, für Italien Graf Sforza, Botschafter Benin-Longare und Graf della Torretta, für Belgien Minister Jasspar und Theunis, für Japan Graf Ishi mit zwei Sekretären. Zur Beratung der Entwaffnungsfrage wurden beigegeben der französische Kriegsminister Barthou, Marschall Foch, die Generale Bhegard und Koller, der englische Marschall Wilson und General Bingham, der belgische General Magline und der italienische General Marietti. Foch erstattete den Bericht. Nachmittags 4 Uhr bis abends 7 Uhr fand darauf die Beratung der Oberhäupter statt. Es wurde beschlossen, daß die militärischen Sachverständigen unter dem Vorsitz des Marschalls Foch Maßnahmen vorschlagen sollen zur genaueren Durchführung der Entwaffnung Deutschlands gemäß dem Friedensvertrag. Diese Vorschläge sollen dem Obersten Rat vorgelegt werden.

Deute wurde über die Lage in Oesterreich beraten. Alsdann wird die griechische und die Orientfrage behandelt.

Paris, 25. Jan. Wie der „Marin“ mitteilt, haben in der gestrigen Sitzung nach Foch auch die Generale Koller und Bingham ihre Ansicht über die Entwaffnungsfrage dargelegt, die im wesentlichen übereinstimmte. Aus den Notizen an die Nachrichtenagenturen und aus den englischen Zeitungen könne man herauslesen, daß die englischen Vertreter nicht abgeneigt wären, den Einwohnerwehren, namentlich in Ostpreußen, eine Frist von mehreren Monaten zu bewilligen, was die Franzosen für eine Uebertreibung halten. Der letzte deutsche Bericht, der auf die bolschewistische Gefahr hinweist, scheint insbesondere auf die englische Vertretung Eindruck gemacht zu haben. — „Echo de Paris“ stellt fest, daß eine Verständigung über die Entwaffnungsfrage noch nicht erzielt sei. Foch habe als Frist den 1. Mai vorgeschlagen und im Richtungsfall die Befehle des Ruhrgebietes. Lloyd George erwiderte darauf sofort. Nach dem gleichen Blatt soll es sich bei der privaten Unterredung zwischen Briand und Lloyd George am Nachmittag gezeigt haben, daß die beiden Staatsmänner nicht einig waren. Lloyd George vertrat den Standpunkt, daß Deutschland in der Frage der Entwaffnung seine Verpflichtungen annähernd erfüllt habe. Deutschland sei für einen ernstlichen Angriff vollständig unfähig geworden. Die bolschewistische Gefahr sei aber tatsächlich vorhanden. Und warum solle man das Ruhrgebiet dafür bestrafen, wenn in München ein Befehl gemacht werde? Lloyd George sei sogar soweit gegangen, die Frage zu erwägen, ob es nicht besser wäre, nach den Meldungen von Spa die Deutschen zur Konferenz nach Paris zu herufen, was Briand aber energisch ablehnte. Der belgische Außenminister Jasspar näherte sich dem englischen Standpunkt und Graf Sforza machte den Vorschlag, erst die Grundzüge festzulegen und dann die deutsche Regierung einzuladen, Besatzungen zu entsenden. Dieser Vorschlag wurde aber weder von Lloyd George noch von Briand angenommen. Am aus der Seriosität herauszukommen, wurden die militärischen Sachverständigen eingeladen, neue Vorschläge auszuarbeiten. (Diese Meldung ist vorläufig mit einiger Vorsicht anzunehmen.)

Neues vom Tage.

Verhaftungen.

Berlin, 25. Jan. Verhaftungen wurden hier fünf Verhaftungen in der Untersuchungssache gegen den Kommunistenputsch vorgenommen. In Königsberg sind ebenfalls verschiedene Verhaftungen erfolgt. In Kassel wurde ein Sondergerichtshof für die Organisation des Roten Heers in Thüringen eingerichtet. Die im Ruhrgebiet Verhafteten wurden nach Kassel gebracht.

Böhm, 25. Jan. Die Kommunisten fordern die Bergarbeiter auf, am 1. Februar für die Sechsstunden-Schicht in einen allgemeinen Streik einzutreten. Der Bergarbeiterverband warnt seine Mitglieder, der Aufforderung Folge zu leisten.

Aus dem Parteileben.

Danzig, 25. Jan. Der Parteitag der Danziger Unabhängigen hat mit 75 gegen 9 Stimmen den Anschluß an die Dritte Internationale und die Verschmelzung mit der kommunistischen Partei beschlossen.

Gefangenenaustausch.

Berlin, 25. Jan. Auf Grund des deutsch-polnischen Gefangenenaustausches hat am 21. d. Mts. in Ostpreußen ein weiterer Gefangenenaustausch stattgefunden, bei welchem den deutschen Behörden — ein größtenteils bisher in Warschau internierte Deutsche übergeben wurden.

Die Unruhen in Oberschlesien.

Rattowitz, 25. Jan. Die Eisenbahnstationen in Rattowitz bei Rzeszów wurden von vier Räubern mit Dynamit in die Luft gesprengt. Die Veranlassung wurde durch Beamte und Ordnungspolizei verhindert. Drei Räuber sind verhaftet.

In den nächsten Tagen werden in Oberschlesien 5000 Italiener zur Grenzüberwachung gegen Polen erwartet. Der deutsche Abstimmungs-Kommissar hat gegen die andauernden Verletzungen der Abstimmungsverordnungen durch die polnischen Kommissare bei General Lerond Einspruch erhoben.

Die Polen unter sich.

Berlin, 25. Jan. Wie der „Post Jtg.“ aus Warschau gemeldet wird, ist zwischen den Polen der früheren preussischen Provinzen und den Altpolen eine scharfe Spannung eingetreten, was die Warschauer „Gazeta Warszawska“ behauptet. Die Polen in Polen und Westpreußen sind namentlich über das anmaßende Benehmen der unfähigen altpolnischen Beamten und Offiziere erbittert und über die Zuzunahme der Warschauer Regierung, daß es den ehemals preussischen Polen nicht besser zu gehen brauche als der Bevölkerung in Altpolen, wo entsetzliche Deutung und Hungersnot herrscht. (Die Polen in Polen werden noch von Gelegenheit haben, den preussischen Reichstagen von ehemals zu gedenken.)

Heimgelehrt.

Hamburg, 25. Jan. Der Dampfer „Kaitou Maru“ ist am Samstag mit 153 Offizieren, 1344 Unteroffizieren und Mannschaften, 76 Zivilgefangenen, 68 Frauen und 44 Kindern aus Sibirien in Brunsbüttelhof eingetroffen. Die Leute werden am Donnerstag in die Heimat abgeführt.

Die Wahlen in Lipp.

Detmold, 25. Jan. Bei den Wahlen zum lippischen Landtag wurden abgegeben: für die Deutsch-Nationalen 17 600 Stimmen (bei den letzten Reichstagswahlen 18 000), für die Deutsche Volkspartei 15 200 (18 000), für die Demokraten 8800 (8600), für den Gewerkschaftsbund 4400, für die Mehrheitssozialisten 25 400 (23 000), für die Unabhängigen 2400 (6000), für die Kommunisten 3400. Die bisher im lippischen Landtag bestehende sozialdemokratische Mehrheit ist damit gebrochen. Von 21 Abgeordneten entfallen auf die Sozialdemokraten 7, die Demokraten 2, die Deutsch-Nationalen 5, die Deutsche Volkspartei 4, die Gewerkschaften 1, die Kommunisten 1. Die Unabhängigen gehen ohne Mandat aus. Ein Mandat steht noch aus, bis das Ergebnis der brieflichen Wahl, die zum ersten Mal in Deutschland durch Lippe eingeführt ist morgen bekanntgegeben wird.

Reichstag.

Berlin, 25. Jan.

Haus und Tribüne sind äußerst stark besetzt. Kleine Anfragen. Abg. Wehner (USP.) fragt wegen der Ermordung mehrerer Arbeiter in Thüringen durch Reichswehrsoldaten im März v. J. Regierungselig wird erklärt, daß die Untersuchung noch schwebt.

Auf eine Anfrage der Frau Dr. Mah wird erklärt, daß die gleichen Benennungen für gleichartige Schulgattungen und für die Lehrpersonen im ganzen Reich vorgesehen sind. Auch sollen die Schulzeugnisse von den einzelnen Staaten gegenseitig anerkannt und die bereits getroffenen Vereinbarungen ergänzt werden.

Unterbrechung der Immunität für den Abg. Erzberger.

Zur Frage, ob dem Strafverfahren gegen den Abgeordneten Erzberger stattgegeben werden soll, teilt der Abg. Dr. Kahl (D.Vp.) als Berichterstatter mit, daß der Ausschuss sich einstimmig für Aufhebung der Immunität (Schutz gegen Strafverfolgung) ausgesprochen habe. Der Ausschuss meint, daß der Grund der Immunität nicht schablonenmäßig angewandt werden dürfe, sondern unter Berücksichtigung des Einzelfalles und daß die Immunität nicht Sache des einzelnen, sondern daß das Haus an sich Träger der Immunität sei. Nachdem der Helfferich-Prozess ergeben hat, daß 5 Fälle auf die Frage hin nachzuprüfen sind, ob grundsätzlicher Meid oder fahrlässiger Falschheid vorliegt, erfordert die Würde und Ehre des Hauses die Auslieferung. Auch das Zentrum sei für die Genehmigung der Strafverfolgung eingetreten. Das Verfahren soll aber unverzüglich aufgenommen werden.

Abg. Geiger (Komm.) steht in dem ganzen Vorgang den Abschluß einer Hege der deutschnationalen Partei gegen den Abg. Erzberger.

Abg. Ledebour (USP.) schließt sich dem an.

Abg. Dr. Pleffer (3.) stellt fest, daß der Abg. Erzberger selbst die Unterbrechung gewünscht habe im Interesse seiner selbst und seiner Fraktion. Er hoffe, daß die Unterbrechung bald die allgemeine gewünschte Klärung schaffen werde.

Das Haus erteilt sodann mit allen Stimmen gegen die der Unabhängigen und Kommunisten die Genehmigung zur Strafverfolgung Erzbergers.

Die Genehmigung zur Einleitung von Strafverfahren gegen die Abg. Bruhn (D.nat.Vp.) und Düwiel (D.Vp.) wird nicht erteilt.

Der Staatsgerichtshof.

Berlin, 25. Jan. Der Ausschuss des Reichstags hat heute in 2. Lesung beschlossen, daß der Staatsgerichtshof beim Reichsgericht zu bilden ist.

Der Papst für Oesterreich.

Rom, 25. Jan. (Etesian.) Der Papst hat an den Kardinalstaatssekretär Gasparri ein Schreiben gerichtet, in dem er die gegenwärtige Lage Oesterreichs beklagt, die dem österreichischen Volke nicht die Möglichkeit gebe, sich die Mittel zum Lebensunterhalt zu verschaffen. Der Kardinalstaatssekretär wird aufgefordert, die Aufmerksamkeit der beim Heiligen Stuhl beglaubigten Diplomaten auf diese Tatsache zu lenken. Wien sei ein Körper ohne Kopf, der mit dem Glend und der Verzweiflung kämpfe. Einige Regierungen hätten wohl Hilfe zugesagt. Selbst wenn diese aber bald käme, könne sie doch nicht wirksam sein, denn Oesterreich fehlten die Möglichkeiten zum eigenen Leben. Die Regierungen müssen sich von den Grundsätzen der Menschlichkeit und Gerechtigkeit leiten lassen und die Mittel ins Auge fassen, um dies zu verwirklichen.

Erpressung?

Paris, 25. Jan. Gavas verbreitet eine Meldung der „Evening News“, Großbritannien habe Deutschland benachrichtigt, daß es sein Beschlagnahmerecht auf die deutschen Güter geltend machen werde, falls Deutschland die Festsetzung der Wiederherstellungskommission ablehnen würde. (Notiz des WTB: Wie wir erfahren, ist an hiesiger zuständiger Stelle von einem solchen Schritt Großbritanniens nichts bekannt.)

Paris, 25. Jan. Der englische Kriegsminister Churchill ist gestern mittag nach London abgereist.

2 oder 3 statt 5 Jahre.

Paris, 25. Jan. Wie Bertinax im „Echo de Paris“ mitteilt, hat Ministerpräsident Briand bezüglich der Wiederherstellungsfrage seine Ansicht dahin geändert, man solle vorerst 2 oder 3 Jahre die Zahlungen der deutschen Verpflichtungen festsetzen.

Allerlei Lebenswürdigkeiten.

Basel, 25. Jan. Der Pariser „Temps“ meldet, Regierung und Parlament in Frankreich werden Deutsch-

land keine Widerung und Fristverlängerung zugestehen, ehe nicht die übergroße Zahl der Beamten in Deutschland auf den Stand vom 1. August 1914 herabgesetzt sei.

Die „Chicago Tribune“ will wissen, beim Waffenstillstand haben die Verbündeten auf die Auslieferung der weittragenden Krupp-Geschütze verzichtet, weil Wilson befürchtet habe, daß die Deutschen die Forderung nicht annehmen werden; die Verbündeten seien überdies bereits im Besitz des Geheimnisses dieser Geschütze gewesen. Auch sei man überzeugt gewesen, daß die Deutschen die Geschütze eher zerstören als ausliefern werden.

Nach dem Brüsseler „Soir“ haben die Gemeinden von Brüssel, Antwerpen und Löwen die belgische Regierung ersucht, Deutschen 10 Jahre lang die Niederlassung in Belgien zu verbieten.

Erste Lage in Indien.

London, 25. Jan. Reuter meldet aus Allahabad den Ausbruch neuer Unruhen im Tzabab-Gebiet (?). An den Demonstrationen nahmen etwa 10 000 Personen teil und Tausende ziehen nach Tzabab in der ausgesprochenen Absicht, die Polizei zu vertreiben. Die Lage wird für ernst angesehen.

Leipzig, 25. Jan. Von den bei der Grubenexplosion verletzten Bergleuten sind mehrere gestorben. Die Zahl der Toten erhöht sich dadurch auf 44.

Hungerstreik im Russenlager.

Berlin, 25. Jan. Wie der „Lokalanz“ berichtet, sind die Russen im Russenlager zu Gardlegen in den Hungerstreik getreten. Sie wollen die Abberufung eines ihnen mißliebigen Lagergeistlichen erzwingen.

Aus dem besetzten Gebiet.

Frankfurt a. M., 25. Jan. Ein marokkanischer Soldat, der während der Besetzung Frankfurts durch die Franzosen eine Frau vergewaltigt hatte, ist zu 10 Jahren Zwangsarbeit und Deportation verurteilt worden.

Streik der Professoren.

Wien, 25. Jan. Der Verband der österreichischen Mittelschul-Professoren hat an die Regierung ein bis 31. Januar befristetes Ultimatum gerichtet, in dem ihre Gleichstellung mit den anderen Staatsbeamten gefordert wird, andernfalls vom 1. Februar ab an sämtlichen Mittelschulen Oesterreichs der Unterricht eingestellt werden soll. Auch die städtischen Angestellten haben unter neuerlicher Streikandrohung die sofortige Durchführung einer Gehaltsregulierung gefordert.

Durchreise von Völkerbundstruppen durch die Schweiz.

Bern, 25. Jan. Bezüglich der Anfrage des französischen Gesandten, wie die schweizerische Regierung sich zur Durchreise von Truppen, die im Auftrag des Völkerbunds nach den litauischen (Wilna) oder oberösterreichischen Abstammungsgebieten gesandt werden, stellen würde, ist das politische Amt der schweizerischen Regierung der Ansicht, daß eine Linie Hindernisse entgegenstehe, da der Zweck kein kriegerischer, sondern ein friedlicher sei. Der Bundesrat hat sich nach der Dep. Ag. mit der Frage noch nicht befaßt.

So mußte es kommen.

Bern, 25. Jan. Im Ständerat teilte Bundespräsident Schulthess mit, der Fehlbetrag der schweizerischen Handelsbilanz betrage eine Milliarde Franken. Die Ausfuhr sinke wegen des hohen Stands der schweizerischen Valuta fortwährend; es werde immer schwieriger, ins Ausland, das eine niedere Valuta habe, zu verkaufen. Die ganze Industrie liege darnieder. Die Kraftwagenfabrik Pi-quant in Gené und die Schokoladenfabrik Chaviller haben die Betriebe geschlossen. Im Jura ist die bedeutende Uhrenfabrikation fast stillgelegt. Dagegen schwillt die Zahl der Arbeitslosen stark an, die weder vom Staat noch von den Unternehmern ausreichende Unterstützung erhalten. Der Bundesrat beschloß, die Bundesversammlung sofort um die Ermächtigung zu

ersuchen, die Wareneinfuhr aus dem Ausland einzuschränken und Zollerhöhungen durchzuführen, um die schweizerische Industrie gegen den Wettbewerb des Auslands zu schützen und der Arbeitslosigkeit entgegenzutreten. Lebensmittel und andere wichtige Bedarfsgegenstände sollen von den Schutzmaßnahmen nicht betroffen werden.

Paris, 25. Jan. Gavas meldet: In Nancy mußten mehrere Fabriken den Betrieb weiter einschränken; die Schuhfabriken arbeiten nur 30 Stunden in der Woche. Auch aus Montabon werden Einschränkungen gemeldet. Eine Weberei ist geschlossen, in einer anderen nur in zwei Wochen im Monat gearbeitet.

Warum die Marneischlacht verloren wurde.

Aus London wird gemeldet: Oberst Fagilde von der französischen Gesandtschaft in London hielt einen Vortrag über die Marneischlacht. Er teilte darin mit, daß den Franzosen in der Nacht vom 1. zum 2. September 1914 die Karte eines deutschen Stabs-offiziers von der 5. Kavalleriedivision in die Hände gefallen sei. Der Offizier war von einer französischen Patrouille überfallen worden. In der Karte fand sich der Plan, der sämtliche Einzelheiten über den Aufmarsch enthielt, der am nächsten Tag von der deutschen Armee unter Kluck durchgeführt werden sollte. Die Einteilung der Kolonnen war darin angegeben, mit den Reiten des Abmarsches und der Ankunft in ihren Bestimmungsorten, das wichtigste aber war: Klucks Pläne wurden dadurch enthüllt, daß er, anstatt durch das Oisetal zu marschieren, weiter auf Paris marschieren wollte. Diese Entdeckung veranlaßte die Aktion des französischen Generals Gallieni, der unerwartet eine Armee gegen die Flanke des Kluckheers aufmarschieren ließ, was dann den Rückzug der Deutschen bis zur Aisne zur Folge hatte, über dessen Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit erst die Geschichte urteilen wird.

Entschädigungsforderungen an Finnland.

Nach einer finnischen Meldung hat Deutschland für die militärische Hilfe während des finnischen Aufstandes im Jahr 1918 neuerdings 80 Millionen Mark Entschädigung gefordert, 65 Millionen Reichsmark sind bereits früher gezahlt worden.

Württemberg.

Stuttgart, 25. Jan. (Einberufung des Landtags.) Nach amtlicher Mitteilung wird der Landtag am Freitag, den 28. Januar, wieder zusammentreten. Auf der Tagesordnung stehen die großen Anfragen, betreffend die Zuständigkeit der Oberpostdirektion Stuttgart, das Verhältnis der württ. Verkehrsbeamten zum Reich und die Dreiklassenerteilung von Stuttgart. Die Regierung hat sich zur Beantwortung der Anfragen bereit erklärt.

Stuttgart, 25. Jan. (Anfrage wegen Kollegialerhöhung.) Der Abg. Scheel (D. v. P.) hat folgende Anfrage an das württ. Staatsministerium gerichtet: „Dem Vernehmen nach wird in den Kreisen der preuß. Staatsregierung der Plan betrieben, die Kollegialer der Hochschulen von 8 Mk. auf künftig 25 Mk. pro Wochenstunde zu erhöhen. Eine solche Neuregelung wäre verhängnisvoll. Welche Stellung wird das württ. Staatsministerium in dieser Frage einnehmen?“

Stuttgart, 25. Jan. (Aus dem Parteileben.) Der Landesauschuß der Zentrumspartei war am Sonntag zur Entgegennahme des Jahres- und Geschäftsberichts und zur Beratung organisatorischer Fragen versammelt. Landesvorsitzender Dreyer begrüßte die Versammlung, Schatzmeister Uderz erläuterte den Kassens, Parteisekretär Reuter den Tätigkeitsbericht. Der Auschuß beschloß die Verdoppelung des bisherigen Parteibeitrags (künftig Männer 4 Mk., Frauen 2 Mk.). In der Nachmittagsitzung gab Minister Graf einen Überblick über die Tätigkeit der Landtagsfraktion und behandelte eine Reihe wichtiger Fragen, die Zusam-

Ein Frühlingstraum.

Eine Erzählung aus dem Leben von Fr. Lehne.

71. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Nun war Mary allein. Ein paarmal glaubte sie vor der Tür Schritte gehört zu haben; allein es kam niemand herein; sie mochte sich getäuscht haben! Aus Gassos Fieberphantasien entnahm sie, wie leidenschaftlich das Kind an seinem Vater hing — von der Mutter wollte es nicht viel wissen. — Es mochte gegen Mitternacht sein, als sich die Tür leise öffnete und Wolf herein trat. Erschreckt sprang Mary auf. Er winkte jedoch mit der Hand und sagte leise: Erschrick nicht, Mary, ich will nur noch mal nach meinem Kinde sehen. Er trat aus Bettchen und neigte sich über das Kind. Mein Junge, mein armer, süßer Junge; Gott, daß ich ihn behalten darf.“ Aus den paar Sekunden lang ein so tiefer Schmerz, daß sie davon bis ins Innerste berührt wurde. Da beruhete sie leise seinen Arm; „fassen Sie Mut, Herr Hauptmann! Ich hoffe das Beste! Wäre nur die Krise erst vorüber!“ Mit ihrem Blick wandte er sich um.

„Was willst Du eigentlich hier? Wie kommst Du hierher?“

Mitleidig ruhte ihr Blick auf seinem Antlitz, in das die Sorge der letzten Tage tiefe Furchen gegraben hatte! Was mußte er leiden um das Kind!

„Ich hatte Dr. Cornelius veriprochen, ein krankes Kind aus seiner Praxis zu pflegen. Als ich erfuhr, weichen Kind es sei, war es zu spät, zurückzutreten, ohne Argwohn zu erregen. Sonst hätte ich dies Begegnen vermieden!“

„Und wie kommst Du in dies Gewand?“ forschte er weiter.

„Ich hatte keinen anderen Zufluchtsort, wenn ich nicht schlecht werden wollte!“ entgegnete sie.

Er hörte auf zu fragen, da der Knabe wieder unruhig wurde.

„Papa, Papa,“ kam es klagend und stöhneise aus seinem Munde, „bleibe Du bei mir; Mama schlägt Gasso immer. Papa, nicht traurig sein, wenn auch Mama schlägt; sie ist nicht gut. Aber Gasso hat Papa'n lieb; komm, gib Gasso einen Kuß!“ Er richtete sich hoch auf und blinnte mit den feberglähenden Augen um sich. „Warum kommst Du nicht? Ach, Du darfst nicht! Pah! auf, Gasso kommt dann, Mama sieht es ja nicht, die ist mit dem Rade fort.“ Und er schied sich an, aus dem Bette zu springen. Mit Gewalt mußte ihn Mary zurückhalten. Da schlug er nach ihr: „Geh, Du böse Mama! Du ärgerst Papa immer, und da ist Papa so traurig!“ Er weinte und schrie, bis er erschöpft mit jagenden Pulsen in die Kissen sank, das Gesichtchen von dicken Schweißtröpfchen bedeckt. Behutsam bettete ihn Mary und erneuerte die Umschlage. „Kann ich helfen?“ fragte Wolf, dessen Gesicht sich bei Gassos Phantasien mit hoher Röte bedeckt hatte. Sie schüttelte nur mit dem Kopfe und beschäftigte sich weiter, bis Gasso ganz ruhig dalag. Wie ein breiter Schatten lagen die dunklen Wimpern auf den blassen Wangen; wie eingefallen und schmal das Gesichtchen in den paar Tagen geworden war. Ein und wieder juckte es um seinen Mund; sonst war er ruhig. Marys Finger lagen über denen des Kindes wie behütend und beruhigend. Wolf hatte sich jetzt an die andere Seite des Bettchens gesetzt, wo sonst immer Gabriele saß, und heftete seine Blicke auf die schmale weiße Hand, die dort hin so viel Kraft entfaltet hatte. Wie er sie so sorglich um Gasso bemüht sah, durchzuckte ihn der Gedanke — wie eine Mutter — und sie hätte es vielleicht sein können, wenn nicht — — und Mary sah mit niedergeschlagenen Augen da, starrend, in die seinen zu schauen. Hier in der Stille der Nacht sah sie mit dem geliebten Mann allein am Bette seines Kindes, das hätte sie sich nimmer denken können. Und da kam auch ihr der Gedanke — wäre es doch auch das ibrige und Wolf ihr Gatte — wie schön wäre es doch!

Brennend ruhte sein Blick auf ihrem süßen Gesicht; er forschte und suchte in den klaren Zügen — sie kommt ihm so fremd und doch so vertraut in der einfachen Schwestertracht vor — es geht von ihr wie ein himmlischer Friede aus — da ist es, als zwingt sie sein Blick; sie hebt ihre Augen, senkt sie aber gleich wieder, erdend von der heißen innigen Häßlichkeit, die ihr daraus entgegenstrahlt. Weis, behutsam legte er seine Hand auf die ihre, die darunter erbebt.

„Mein Märchen, so hab ich Dich endlich wieder?“ Eine tiefe Bewegung bebte aus seiner Stimme. Sie schüttelte jedoch sanft aber entschieden das Haupt.

„Nein, Wolf, nicht! Das ist vorbei; sprich mir nicht von der Vergangenheit!“ Ohne daß sie es wollte, kam das trauliche „Du“ von ihren Lippen. „Geh jetzt, und sei ohne Sorge um Dein Kind; ich will es hüten, als ob es mein eigen wäre!“ Tränen zitterten in ihrer Stimme, und ihre ganze Gestalt bebte.

„Willst Du mir nicht wenigstens sagen, wo Du warst, wie es Dir in den Jahren ergangen ist, die wir getrennt waren?“ bat er. „Wie hab ich nach Dir geforscht!“

„Du siehst, Wolf, daß ich den Frieden gefunden habe — gönne ihn mir, und frage nicht weiter!“

„Frieden!“ kam es bitter von seinen Lippen — „wenn ich das auch sagen könnte, wenn Du wüßtest, wie friedlos es in mir anzieht, wie ich leide — Du hättest Mitleid mit mir! Du schickst mich nicht fort und gönntest mir, wenigstens in Deiner Nähe zu bleiben, Dich zu sehen und Deine Stimme zu hören!“

„Wolf, wie kannst Du jetzt daran denken! Ich bitte Dich — geh! Lasse mich allein! Raube mir doch meine Ruhe, meine Besonnenheit nicht, die ich so nötig habe. Wäre uns doch dies Wiedersehen erspart geblieben! Ich war zufrieden geworden — ich hatte endlich überwunden, vergeffen!“

(Fortsetzung folgt.)

menlegung der Oberämter, die Steuer- und Wohnungsfrage, Vorrat- und Beamtenbesoldung. Unter lebhafter Zustimmung der Anwesenden sprach sich der Minister gegen das Streikrecht der Beamten aus.

Stuttgart, 25. Jan. (Die städt. Schulden.) Die städt. Schuld beläuft sich auf 164 Millionen M., was gegenüber dem Jahr 1914 einer Verdoppelung gleichkommt. Bemerkenswert ist noch, daß die städtischen Guthabeneinlagen über 182.000 M. erbrachten. Nur der Milchwirtschaftsbetrieb in Sindelfingen, dem es an Wiesen fehlt, erfordert einen Zuschuß.

Stuttgart, 25. Jan. (Kapitalerhöhung.) Der Aufsichtsrat der D. Krumm u. G., Nahrungsmittelfabrikanten in Blücherhausen, Zellbach und Karlsruhe, hat beschlossen, das Aktienkapital von 6 Millionen Mark auf 11 Millionen Mark zu erhöhen.

Stuttgart, 25. Jan. (Einsprache der Regierung.) Die würt. Regierung hat wegen der Absetzung der Beamten-Tarifzulagen nach den Disziplinar- und wegen der Aufhebung der Eisenbahngeneraldirektion und Oberpostdirektion Stuttgart in Berlin Vorstellungen erhoben.

Leonberg, 25. Jan. (Töblicher Unfall.) Dem in der Steinhütten-Fabrik beschäftigten Mechaniker Gottfried Binder sprang ein Stück eines Schleifsteins an die Stirn und drang ins Gehirn ein, was den sofortigen Tod herbeiführte.

Baihingen a. G., 25. Jan. (Schleichhändler.) 2 bekannte Schieber und Schleichhändler die Handelsleute Stein und Abrecht aus Bfornheim, die im Bezirk schon viel eingefangen haben, sind in der Nacht auf Sonntag den hiesigen Landjägern in die Falle gegangen. In der Mühle von Mannsbörcher in Oberhingen wurden sie übertrübt, als sie Mehl auf ihren zweispännigen Wagen verladen. Das Mehl wurde dem Kommunalverband übergeben und das Gejpann, das dauernd zu Schieberzwecken verwendet wurde beschlagnahmt. Stein und Abrecht sind verhaftet.

Aus dem Arbeitshaus sind zwei eingewiesene Strafgefangene ausgebrochen. Sie ließen sich an einem Seil in den Hof hinab, kletterten über die Mauer und entkamen in der Dunkelheit.

Gmünd, 25. Jan. (Vom Rathaus.) Zur Frage der Uebernahme der Mädchenrealschule auf die Stadt nahm der Gemeinderat einen gemeinsamen Antrag des Zentrums und der Dem. Partei an, angesichts der in Aussicht stehenden Reichs- und Landesgesetzgebung die Beschlußfassung auszuweisen. Vorläufig erhält die Mädchenrealschule für 1921 einen auf 15.000 M. erhöhten Beitrag, die Privattöchterschule St. Ludwig entsprechend der Schülerzahl 30.000 M. — Zur Herbeiführung eines besseren Durchgangsverkehrs Stuttgart-Nördlingen-Augsburg-München durch ein einzulegendes Schnellzugpaar findet am 5. Februar in Nördlingen eine Verkehrs-Konferenz statt.

Tübingen, 25. Jan. (Von der Universität.) Am gegen die drohende Kolleggeldderhöhung auf 25 M. die Wochenstunde für das Semester (bisher 8 M., für Kriegsteilnehmer 5 M.) wirksam Protest einlegen zu können, arbeitet der Allgem. Studentenausschuß eine Statistikk über die sekundäre Lage der hiesigen Studentenschaft aus. Man kann jetzt schon sagen, daß der größte Teil der Studenten die neuen Kolleggeldder, falls sie Wirklichkeit werden, nicht mehr aufbringen kann.

Oberndorf a. N., 25. Jan. (Einbruch.) Im Schloß Lichtenegg der Familie v. Neubronner wurde eingebrochen und Silbergeschirr von hohem Wert, Bargeld und sonstiges gestohlen.

Oggelshausen N. Nördlingen, 25. Jan. (Erdbitterer Raub.) Vor kurzem wurde berichtet, daß einem Banen auf der Straße Oggelshausen-Hofen, Gemeinde Staßlangen, von bewaffneten Invasoren eines Autos 5 Jentner Weizen abgenommen worden seien. Es fiel jedoch auf, daß der Bauer keine Anzeige erstattete. Der Landjäger hat deshalb weitere Nachforschungen angestellt und herausgebracht, daß die ganze Sache erlogen war. Der Bauer war laut „Anzeiger vom Oberland“ von einem Schieber oder Schleichhändler beauftragt, den Weizen in eine Mühle nach Hofen zu bringen, hat sich aber eines anderen besonnen und den Weizen für sich behalten. Er wird sich jetzt wegen Unterzählung zu verantworten haben.

Handel und Verkehr.

Leonberg, 25. Jan. (Pferdemarkt.) Der altbekannte Leonberger Pferdemarkt, der vorletztes Jahr in so glänzender Weise sein 150jähriges Jubiläum feiern konnte, findet auch heuer wieder statt und zwar am Dienstag, den 8. Februar ds. Js. Mit dem Markt ist wieder eine Prämierung von Pferden von Vereinsmitgliedern verbunden. Auch wird voraussichtlich die Stadtverwaltung einige der zum Markt beigegeführten schönsten Pferde von Marktbefuchern, die nicht Vereinsmitglieder sind, prämiieren. Eine große Rassenfeststellung und Kleintierzuchtchau in der städt. Turnhalle wird ebenfalls zur Belebung des Marktes beitragen. Schon jetzt laufen Pferdeanmeldungen zum Markt in großer Anzahl ein. Vom Ministerium des Innern wurde dem Verein zur Förderung der Pferdezucht im Bezirk Leonberg eine Lotterie mit 20.000 Losen, das Stück zu 1 M., genehmigt. Die Generaldirektion der Staatseisenbahnen ist für den 8. Februar um Einlegung von Sonderzügen nach Leonberg ersucht worden, jedoch der starke Personenverkehr nach und von Leonberg sich reibungslos abspielen dürfte.

Witterungsliches Wetter.

Im Norden ziehen Luftwirbel von West nach Ost, im Südosten haben wir Hochdruck. Am Donnerstag und Freitag ist daher mildes Wetter zu erwarten.

Baden.

Karlsruhe, 25. Jan. Der erste Vorsitzende des Badischen Landesvereins vom Roten Kreuz, Generalmajor a. D. Karl Theodor Limberger, ist gestern im städtischen Krankenhaus nach längerer Krankheit gestorben.

Am 20. Januar 1921 haben sich zwei Mädchen von hier von zu Hause entfernt und sind nicht mehr zurückgekehrt. Es geht das Gerücht, daß sie entführt worden sein sollen; die polizeilichen Ermittlungen haben bis jetzt keine Anhaltspunkte ergeben.

Karlsruhe, 25. Jan. Im Landespreisamt fand unter dem Vorsitz von Oberregierungsrat Dr. Hecht eine Sitzung der Vertreter der Handwerkskammer Mannheim, Karlsruhe, Freiburg und Konstanz und der Landeszentrale des Badischen Einzelhandels statt, die sich in erster Linie mit der Wiederbelebung der Preisprüfungsstellen befaßte. An einen Vortrag des Vertreters des Ministeriums des Innern, Regierungsrat Pfisterer schloß sich eine längere Aussprache, in der die anwesenden Verbände die Unterstützung der Preisprüfungsstellen verlangten. Es wurde der Wunsch geäußert, daß die Preisprüfungsstellen vor allem aufklärend in Verbraucherkreisen wirken sollten. Ferner wurde die Fernhaltung unzuverlässiger Elemente aus Handel und Gewerbe dringend gefordert.

Die erste badische Konferenz für alkoholfreie Jugendberziehung wird am 10., 11. und 12. Februar zu Karlsruhe in der Aula des Gymnasiums Bismarckstraße 8, abgehalten werden.

Mayau (bei Karlsruhe), 25. Jan. Beamte der Rheinrompolizei haben hier zwei Personen festgenommen, die im Rhein mit Sprengpatronen fischten. Zahlreiche Fische wurden getötet, zum größten Teil konnten die Fischer über die Fischleichen nicht auf sammeln.

Mannheim, 25. Jan. Die südwestdeutsche Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Volkspartei hielt hier eine aus Baden, der Pfalz, Hessen und Württemberg stark besuchte Tagung ab. Die Versammlung war einig, daß nicht ohne zwingende Not an dem historisch gewordenen Geisige des Reichs etwas geändert werden dürfe. Bezüglich der Frage der Wirtschaftsprovinzen wurde den Landesverbänden eine weitere Klärung dieses Problems ans Herz gelegt.

Mannheim, 25. Jan. In den letzten Tagen konnten von Beamten des Landespreisamts fünf Schleichhändler mit Butter und Mehl festgenommen werden. — In einer hiesigen Wirtschaft hatte ein Holländer namens Jan van de Kraef wiederholt die Worte gerufen: „Die Deutschen sind Schweinehunde“. Da bei der heutigen Valuta eine Geldstrafe für den Lämmler auf Wenige herauskam, diktierte ihm das Schöffengericht 4 Wochen Haft.

Muckenl, Amt Mosbach, 25. Jan. Beim Entzünden einer Spirituslampe im Gasthaus zum Löwen fiel die Lampe zu Boden und es entstand eine große Flamme, durch die die drei Kinder und die Ehefrau schwerer Brandwunden erlitten.

Kedarz, 25. Jan. In Binau wurde bei einem Wirt ein Einbruch verübt. Der 19jährige Gastwirtssohn Streib verfolgte die Spur der Einbrecher durch Kedarz. Nicht weit vom Bahnhof begegnete ihm der Bahnarbeiter Friedrich Spörer. Ohne Wortwechsel wurde von Streib auf Spörer geschossen. Dieser war sofort tot. Spörer war erst vor kurzem aus der Gefangenschaft zurückgekehrt.

Wertheim, 25. Jan. Zu der Meldung, daß in der Nähe von Wertheim die Frau eines Geschirrhändlers ermordet worden sei, wird nun mitgeteilt, daß hier von einem solchen Vorfall nichts bekannt ist. Möglicherweise liegt eine Verwechslung mit einem ähnlich lautenden Namen einer anderen Stadt vor.

Lahr, 25. Jan. Ein Landwirt aus der Gemeinde Schönberg und eine Geschäftsfrau aus Lohbach erhielten wegen Steuerhinterziehung Strafbefehle über 125.000 M. und 113.000 M.

Freiburg, 25. Jan. Zum Raubüberfall im Schnellzug Basel-Freiburg wird mitgeteilt, daß die bei der Schweiz beantragte Auslieferung des Täters Nutzfahrer bisher noch nicht erfolgt ist. Es scheint festzustellen, wenn das Jugperjonal dem Ersuchen der Fahrgäste, den von vornherein als Täter bezeichneten Nutzfahrer festzunehmen oder die Türe des Waggons abzuschließen, nachkommen wäre, so würde sein Entweichen in Freiburg nicht möglich gewesen sein.

Im Februar findet eine Konferenz der deutschen Hochschulen statt, auf der u. a. die Frage der Erhöhung der Kolleggeldder beraten werden soll.

Konstanz, 25. Jan. Der Stadtrat hat das Waldhaus Jakob dem Badischen Gemeinde-Beamtenverband auf 6 Jahre gegen einen Zins von 15.000 M. jährlich verpachtet. Der Beamtenverband hat einen Teil der Betten für Nichtbeamte zur Verfügung zu stellen.

Vermischtes.

Urban Jochum f. Im Alter von 89 Jahren ist dieser Tage in der Birgsau bei Oberhof der Dekonom Urban Jochum verstorben, der, wie Ernst Engenberger in seinem Buch „Die Müdelegabelgruppe“ schreibt, als erster die Trettachspitze bezogen hat. (Nach anderer Angabe ist der Einödsbacher Wirt und Bergführer B. Schraudolph der erste gewesen.) Zwei junge Hirten, so berichtet Engenberger, saßen im August 1855 oben am Einödsberg aus Gemsen den Nordostgrat der Trettachspitze hinaufspringen. Urban Jochum kletterte auf der geeigneten Bahn bis nahe zum Gipfel nach, kehrte dann um und führte am kommenden Tag mit seinen Brüdern Alois und Mathias Jochum die erste Trettachbesteigung aus. Einige Tage später wagte dann der bekannte Allgauer Bergführer Baptist Schraudolph die schwierige Partie. Erst 15 Jahre später, 1869, folgte der erste Tourist, der bekannte Hermann von Barth, unter Schraudolphs Führung.

Gerettet. Bei dem großen Grubenunglück in Delsnich im Erzgebirge konnten alle in dem Schacht abgesehluckten Bergleute gerettet werden. Der Verlust bleibt somit auf 28 Tote und 26 Verletzte beschränkt.

Wertvoller Fund. In Krattelpellen bei Königsberg i. Ostpr. wurde beim Regen von Wasserleitungsgräben ein 60 Pfund schweres Stück Bernstein gefunden, das wahrscheinlich vor Jahren von einem Fischer vergraben worden ist.

Unfallfall. Beim Ausstieg eines Rumpflugges in Garinisch-Parkentirchen sah das Flugzeug in die Zuschauermenge hinein. Zwei Personen wurden getötet, drei Schutzhüter verletzt.

Gelbeschloß. Bei einem Einbruch in das Schloß Neubabelsberg bei Potsdam wurde eine dem Kronprinzen gehörige wertvolle Stradiarius-Oeise gestohlen.

Schlagenfall des Generals Hoffmann. Nach der „Deutschen Allg. Ztg.“ hat der bekannte General Hoffmann, im Krieg Generalfeldmarschall des Oberbefehlshabers in Rußland und militärischer Sachverständiger bei den Friedensverhandlungen in West-Flotow, am 13. Januar beim Besuch einer Gesellschaft in Berlin, die das russische Neujahresfest feierte, einen Schlaganfall erlitten.

Verhaftet. Bei Aufklärungsarbeiten in einem abgegruben Keller wurden die beiden Bauersöhne Kaver und Kaspar Lindner in Sonderheim (bayer. G. A. Dillingen) am einflussreichen Gemälde verhaftet und getötet. — In einer Kiesgrube bei Burgau wurde der Bauersohn Anton Anhöfer unter einer losbrechenden Sandhaube begraben.

Reicher Fischfang. In Husum (Schleswig) brachten die ausgefahrenen Fischerboote reiche Beute an Herings aus der Nordsee heim. Die Massen der Heringschwärme im Meer waren so groß, daß die Schiffskiele förmlich emporgehoben wurden. Die Reue sind in kurzer Zeit überfüllt. Seit Menschen-gedenken sind solche Horngänge nicht vorgekommen.

Verhaftung. In Berlin wurde der Kraftwagenführer Arnold und der Arbeiter Kömly verhaftet. Sie sind geständig, den indischen Studenten Singh ermordet zu haben. Der Mord geschah im Einverständnis mit der Frau des Singh, die mit Arnold Beziehungen unterhielt.

Die Atomspaltung. Auf Veranlassung des Reichsamts des Innern wurden in letzter Zeit in der physikalisch-technischen Reichsanstalt in Berlin Versuche über das von dem Ingenieur von Anruh erfundene Verfahren der Atomzerlegung durch Einwirkung eines elektrischen Stroms angestellt. Bekanntlich besteht nach der Behauptung Anruhs durch Auslösung der Spaltung der Elektronen um das Atom eine ungeheure Menge von Wärme und Kraft zu gewinnen sein. Die Versuche mit den von Anruh beigebrachten Apparaten und elektrischen Batterien haben aber kein günstiges Ergebnis gehabt und die Reichsanstalt lehnt es ab, sich auf weitere Verluste mit diesen Apparaten einzulassen. Das Reichsamt des Innern warnt davor, irgendwelche Hoffnungen auf die Kraftzerzeugung durch das System Anruh zu knüpfen, ohne die Möglichkeit, die Elektronenzerlegung durch ein noch unbekanntes Verfahren auszunutzen, abzusprechen zu wollen.

Notales.

Der Fernsprechtarif. Der Gesprächsgebühren-tarif ist im Fernsprechtarife der Vereinigten Staaten längst an Stelle der Pauschalgebühren durchgeführt. In Europa haben sich bis jetzt nur die Schweiz und zum Teil auch Oesterreich von dieser veralteten Einrichtung freigemacht. In Deutschland ist bekanntlich der Versuch, den Tarif der Benutzung des Fernsprechers anzupassen, an dem Widerstand des Reichstags gescheitert. Ein enalischer Ausschuß von Sachverständigen kommt jetzt zu Ergebnissen, die deutlich erkennen lassen, daß dem Gesprächstarif die Zukunft gehört. Der Bericht nennt die Pauschalgebühren falsch und ungerecht. Die Kosten für die Herstellung einer Zahl von Verbindungen für einen Anschluß sind nicht geringer als für dieselbe Zahl von Verbindungen, wenn sie sich auf Wenigsprecher verteilen. Die Kosten sind sogar in der Regel höher, weil die Zahl der Verbindungen, die auf befestigte Leitungen stoßen und deshalb nochmals verlangt werden, bei Viel-sprechern größer als bei Wenigsprechern ist. Stärkerer Verkehr erfordert höhere Kosten für die technische Einrichtung wie für die Beamten. Bei der Pauschalgebühr werden aber dadurch keine höheren Einnahmen erzielt. Die Wenigsprecher werden durch die Pauschalgebühr abgeseckert.

Die Ausfuhrerklärung zu Patenen nach dem Ausland, die zur vollständigen Prüfung der Ausfuhrfähigkeit dienen, dürfen vom 1. Februar an nur noch auf einem Vordruck zur grünen Postzustellung ausgestellt werden; sie sind nach wie vor am Kopf mit „Ausfuhrerklärung“ (für Zwecke der deutschen Postverwaltung) zu bezeichnen. Die Verwendung von statistischen Anmeldebüchern zu dem genannten Zweck ist vom gleichen Zeitpunkt an nicht mehr zulässig.

Gelegenheit zum Bezug von Dieselmotoren. Die deutsche Reichsregierung ist von der Entente verpflichtet worden, die auf Grund früherer Lieferverträge mit der Admiralität fertiggestellten Dieselmotoren bis zum 31. März 1921 einer friedlichen Verwendung in der deutschen Industrie zuzuführen. Von diesen Motoren ist noch eine größere Anzahl für den Bedarf der deutschen Wirtschaft käuflich zu haben. Die Preise sind verhältnismäßig niedrig. Alle Einzelheiten teilt die Reichstreuhand-Gesellschaft A.-G., Berlin, Abteilung Marine, Behrenstraße 21/22, mit. Dort wird auch Auskunft über alle technischen Fragen der Verwendung der Dieselmotoren, u. a. auch durch Entsendung von Sachverständigen zur mündlichen Aufklärung erteilt.

Salinensalz. Der Absatz an einheimischem Salinensalz ist, wie von zuständiger Stelle geschrieben wird, in der letzten Zeit stark zurückgegangen und es ist hierfür in steigendem Maße norddeutsches Steinsalz bezogen worden, obwohl vonseiten der Verbraucher das Salinensalz vorgezogen wird, das im Siedeprozess durch Reinigung gewonnen wird und deshalb wesentlich besser ist als das gemahlene Steinsalz. Die Salinen waren im vergangenen Winter und Frühjahr durch empfindlichen Kohlenmangel und sonstige Schwierigkeiten in ihrer Leistungsfähigkeit erheblich beeinträchtigt; sie verfügten zu jener Zeit auch über keine Salzvorräte. Dagegen sind die Salzlager der Salinen jetzt wieder gefüllt, so daß jeder Auftrag sofort wieder erfüllt werden kann. Einer weiteren Zurückdrängung des einheimischen Siedesalzabjases durch das Steinsalz mit allem Nachdruck entgegenzutreten, haben die süddeutschen Salinenverwaltungen entschiedene Schritte getan und dafür Sorge getragen, daß in den Kleinhandlungen überall wieder Salinensalz erhältlich ist. Die wirksamste Unterstützung dieser Bestrebungen aber muß durch das Publikum selbst stattfinden, indem es selbst stets nachdrücklich Salinensalz verlangt. Die Geschäfte, welche Salinensalz führen, werden durch Plakate ersichtlich gemacht, die von den Salinen dem Handel zur Verfügung gestellt werden. P. A.

Frisches Gemüse im Winter. Sobald die Sonne etwas höher steigt, denkt der Mensch schon wieder an den Genuß von frischem Gemüse, das ja in guten Gemüsehandlungen kaum zu irgend einer Jahreszeit fehlt. Wir können uns aber eine kleine Feinkost selbst heranziehen die Kresse. Wir säen sie nicht in ein mit Abzugslöchern versehenes flaches Holzstückchen, stellen es hell und warm auf, und haben nach 8-10



Tagen schon ein Gericht, mit dem wir den Kartoffelsalat zieren und schmählich machen können.

Fürsorge für die Schwerekriegsbeschädigten. In der Sitzung des zehnjährigen Reichstagsausschusses erklärten die Regierungsvertreter, daß Ruhegehalt der Schwerebeschädigten werde um etwa 2000 Mk. und auch die Elternrente erhöht werden. Für die Kinder der Kriegsbeschädigten seien bereits 100 Millionen Mk. genehmigt. Die Teuerungszulagen sollen überprüft und dann ausgeglichen werden.

Das Schicksal der Festungen. Nach den verträglichsten Forderungen der feindlichen Ueberwachungskommission, die bekanntlich vom Pariser Vorkommnissen ohne weiteres bestätigt worden sind, haben auch die Festungen Ulm und Ingolstadt ihre Geschütze auszuliefern, obwohl ihnen nach dem Friedensvertrag der Charakter als Festungen mit entsprechender Bewaffnung gesichert war. Als bloße Steinhaufen würden diese Festungen natürlich keinen militärischen Wert mehr besitzen. Die Reichsregierung hat „gebeten“, die sonnenklare Vertragsverletzung dem Obersten Rat zur Entscheidung vorzulegen, sie wird aber wohl selbst nicht erwarten, daß dessen Urteil anders ausfallen werde, als das des Vorkommnisses.

Landaufenthalt für Stadtkinder. Nach den Mitteilungen des Vereins „Landaufenthalt für Stadtkinder“ sind im Jahr 1920 im Reich etwa 135 000 Stadtkinder zu längerem Aufenthalt in ländlichen Gemeinden aufgenommen und verpflegt worden. Nicht eingeschlossen sind in dieser Zahl die vielen Tausende von Kindern, die nicht durch Vermittlung des Vereins, sondern unmittelbar durch Familienbeziehungen den Landaufenthalt genießen konnten, ferner nicht die Kinder, aus dem sächsischen und böhmischen Erzgebirge, aus Wien und anderen Gegenden Oesterreichs. Im Ausland wurden 40 000 deutsche Kinder aufgenommen, 8000 mehr als im Jahr 1919, darunter fast 20 000 in der Schweiz, 11 000 in Holland, 4500 in Dänemark, ebensoviel in Schweden, 1200 in Norwegen und 500 in Finnland.

Erhöhte Bautätigkeit im Frühjahr? Für das kommende Frühjahr wird in den Kreisen des Baugewerbes und des Baumaterialienhandels mit einer starken Zunahme der Bautätigkeit gerechnet. Zahlreiche größere Bauunternehmer sind bereits bemüht, sich tüchtige Bauarbeiter und Facharbeiter zu sichern.

Aus der Heimat.

Wildbad, den 26. Jan.
Die Notenhämsterei.

In letzter Zeit mehren sich die Meldungen von Raubüberfällen in ländlichen Gegenden. Landorte, in denen bis jetzt derartige Verbrechen noch nie vorgekommen sind, werden von jugendlichem Gesindel, das unter Umständen auch vor Mord nicht zurückdreht, heimgesucht. Die Verbrecher suchen besonders die Häuser der begüterten Landwirte zu einer Zeit auf, in der die männlichen Bewohner durch Feldarbeiten oder Kirchenbesuch abwesend sind. Auch wenn ihnen kein Geld bei dem Raubzug in die Hände fällt, richten die Diebe stets bei der Durchsuchung der Häuser in Wohnräumen usw. schweren Schaden an. Es liegt darum im eigenen Interesse unserer Landwirte, den Anreiz, den die Notenhämsterei für das Raubgesindel bietet, aufs schnellste zu beseitigen. Man trage das angezeichnete Geld dort hin, wo es hingehört, und wo es fruchtbringend für den Eigentümer wie für die Volksgemeinschaft arbeiten kann, in die Banken, Sparkassen und Genossenschaften. In jeder Gemeinde sollten verständige Leute aufstehend und vorbildlich wirken. Sie sollten immer wieder darauf hinweisen, wie sehr die Notenhämsterei sich durch ihr unkluges Verhalten selbst schaden. Da durch die Notenhämsterei Millionenwerte dem Geldverkehr entzogen werden, kann die Notenpresse niemals zum Stillstand kommen. Die anhaltende Vermehrung der Zahlungsmittel wirkt aber verteuern auf die Ware und entwertet dadurch die Zahlungsmittel. Der Schaden trifft also neben der Gesamtheit der Bevölkerung auch den einzelnen, den Notenhämsterei nicht ausgenommen.

Und dazu kommt noch ein Drittes: Steuerhinterziehung ist in Zeiten, wo alles im Interesse des Wiederaufbaus des Vaterlands auf eine Gesundung unseres Finanzwesens ankommt, ein Verbrechen, das mit Recht schwere Strafen nach sich zieht. Die gesetzlichen Bestimmungen, die immer noch zu wenig bekannt sind, lauten deshalb dahin, daß jedes Vermögen, das bei der Veranlagung zur Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs oder zum Reichsnotopfer vorzüglich verdienlich wird, zugunsten des Reichs verfällt. Diese Verfallserklärung erstreckt sich insbesondere auch auf Banknoten, die gehandelt sind, und deren Wert in den Steuererklärungen verschwiegen worden ist.

Gründungsversammlung. Die grundsätzlichen politischen Veränderungen, welche die Staatsumwälzung vom Herbst 1918 und die ihr folgende Entwicklung heraufgeführt hat, ergab das Bedürfnis nach einem großen, allen lebendigen Gliedern der evangelischen Kirche zugänglichen Volksverein. Diesem Bedürfnis entspricht der vor jetzt zwei Jahren gegründete Evangel. Volksbund für Württemberg, dessen Mitgliederzahl bereits das erste Hunderttausend überschritten, und der seine Ortsgruppen in einer großen Zahl von Städten und Dörfern unseres Landes gesammelt hat. Im alten Staat war die Kirche seit der Reformation aufs engste mit dem staatlichen Organismus verbunden. Der Staat übte ein Schutzrecht über die Kirche aus, bestritt ihre wirtschaftlichen Bedürfnisse, der Landesherr war Inhaber des Kirchenregiments. Der neue, religiös neutrale Staat hat dies alles

beseitigt. Die evangelische Kirche steht fortan ganz auf sich selbst und ist auf dem Boden der neuen Verhältnisse nur als freie Volkskirche denkbar. Vom Staat wird sie künftig eine Förderung ihrer Ziele nicht mehr zu erwarten haben. Da ist es notwendig, daß das evangelische Volk oder doch sein erster gerichteter Teil sich besser als bisher zusammenschließt. Im Ev. Volksbund geschieht dies ohne Rücksicht auf politische Parteizugehörigkeit oder soziale Klassenunterschiede. Er will ein Bund sein von Männern und Frauen aller Stände und Parteien, vom 20. Jahr ab, die ihre evangelische Kirche lieb haben und sie fördern wollen. Den Gemeinden will er zu einem regen, kräftigen Gemeindeleben helfen. Evangelisch-christliche Erkenntnis soll in ihm gefördert werden. Im öffentlichen Leben will er die christlichen Grundsätze vertreten. Dester macht die Zeitlage auch die Verteidigung der ev. Gesamtkirche sowie der Interessen der Einzelgemeinde erforderlich. Die Vorarbeiten zur Gründung einer Ortsgruppe des Ev. Volksbundes sind hier in Wildbad unter Mitarbeit von Männern und Frauen aller Stände soweit gediehen, daß nunmehr die Verwirklichung bevorsteht. Es sei auch an dieser Stelle hingewiesen auf die Werbe- und Gründungsversammlung in der Turnhalle, am Donnerstag, den 27. Januar, abends 8 Uhr, in der Herr Dr. Lempp aus Stuttgart der Vertreter der Zentrale, sprechen wird über das Thema: Der Kampf um die Seele unseres Volkes. Alle erwachsenen Gemeindeglieder sind dazu eingeladen.

Stuttgarter Börsenbericht

vom 25. Januar 1921, mitgeteilt von der Direktion der Disconto-Gesellschaft, Zweigstelle Wildbad (norm. Stahl & Federer u. G.)

Anschließend an die schwache Haltung der Devisenkurse und der gestrigen Frankfurter Abendbörse war auch die hiesige Börse auf allen Gebieten schwächer. So waren Sparprämienanleihe bei 84 1/2, 3 1/2% verlosbare Württemberg bei 73 gesucht. Bankaktien ruhig. Rotenbank minus 3% (235). Brauereiaktien wenig verändert. Bon Spinnerei- u. Textilwerten verloren Baumwoll Erlangen 5% (390 B), Bietigheim 4% (388), Kolb u. Schüle 1% (410), Rotteln 10% (450), Kuchen 3% (309) und Giengen 10% (390). Stark gedrückt waren Daimler minus 20% (290 bez. und B) und Feinmechanik minus 18% (520). Von den übrigen Industrieaktien mußten Cement Heidelberg 6% (319), Junghans 3% (300), Wachenheim 3% (418), Zucker 5% (348) und Metallwarenfabrik Geislingen 10% (435 bez. u. B) nachgeben. Schwach lagen auch Maschinenwerte: Eßlingen minus 18% (315), Hesser minus 8% (312). Im Freierkehr wurden genannt: Bad Mergentheim 103 G, Brauerei Neß 100 1/2 B, Faunwerke 260 G, Geislinger Maschinen ca. 119 1/2, Heilbronner Zucker 345 G, Kaiser Otto 198 B, Marswerke 165 B, Maschinen Weingarten 440 gesucht, Redarfulmer ca. 395, Süddeutsche Bureau 210 G, Reinen Blaubeuren 165 G, Göppinger Holz Hommel 123 G.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen.
Ortsgruppe Wildbad.

Am Sonntag, den 30. Jan., nachmittags 1/2 3 Uhr, im Gasthaus zum „Wilden Mann“

General-Versammlung

Tagesordnung:
1. Geschäfts- und Rechenschaftsbericht.
2. Neuwahlen.
3. Verschiedenes.
Bollzähliges Erscheinen notwendig.
Der Ausschuß.

Geflügel- u. Kaninchen-Züchterverein Wildbad.

Die Ausschußmitglieder werden zu einer kurzen, aber dringenden Besprechung auf Donnerstag, den 27. Januar, abends 8 Uhr, in das Lokal „Alte Linde“ gebeten.
Der Vorstand.

habe mich als

Facharzt für Haut- und Harnkrankheiten
in Pforzheim, Bahnhofstr. 26 (hot. Oehlert)
niedergelassen. — Sprechstunden: 10-1 und 3-5 Uhr.

Dr. med. GEORG HÄNSLER,
Telephon 2170 früher Straßburg i. Els. Telephon 2170

Wohnhaus mit Laden in Wildbad an Verkehrsstrasse gelegen sofort zu kaufen gesucht.

Gefl. Angebote an die Tagblattgeschäftsstelle unter No. 19b verbeten.

Gelegenheitskauf! Prima Fernglas, für jedes Auge verstellbar, passend für Jäger oder Touristen äußerst billig zu verkaufen. Wo, sagt die Redaktion.

Supp.-Einlag.: Mädchen,

Grieb, weiß Pfund 4 Mk.
Suppengerste Pfund 2.70 Mk.
Reis Pfund 3.50, 4.- und 4.50 Mk.
Haferflocken Pfund 3.30 Mk.
PFANNKUCH & CIE.
Neu eingetroffen: Prima La Plata-Mais, von 1 Pfd. ab Mk. 2.10, „ 100 „ „ 2.05.
Consumverein.

Konfirmanden Anzüge
aus la. Stoffen, Farben schwarz und blau, nach Maß gearbeitet, liefert zu konkurrenzlos billigen Preisen bei vorzüglicher Verarbeitung
Adolf Stern :: Wildbad.
Frühzeitige Bestellung empfehlenswert!
(Bearbeitg. auch nicht durch mich bezogene Stoffe).

Ev. Jünglingsverein.
Heute abend 1/2 8 Uhr.

Neue Partie Kaffee
Feinste Bourbon-Mischung, offen, Pfd. Mk. 25.-.
PFANNKUCH & CIE.

Bettmässen
Befreiung te garantiefest. Alter und Geschlecht angeben. Kaufkraft umsonst. Versandhaus Westfalen, Erkenschwid (Westf.) 207.

Dresdner Bank
Aktienkapital und Reserven M. 340 Millionen
Stuttgart Cannstatt
Heilbronn Ulm

Letzte amtliche Kurse
(ohne Gewähr) mitgeteilt von der Direction der Disconto-Gesellschaft Zweigstelle Wildbad

früher Stahl & Federer, Aktiengesellschaft Filiale Wildbad.	
Staatspapiere.	Pfandbriefe.
5% Deutsch. Reichsanleihe 77.90	4% Bayer. Hypothek.-u. Wechselbank 102.2
4% dergl. 68.80	4% Frankl. Hypothekbank 101.20
5% I. Deutsche Schatzanw. 90.00	3 1/2% dergl. 85.00
4 1/2% dergl. p. 1. 4. 1924 90.00	1% Prkt. Hypoth.-Creditv. 96.25
Deutsche Sparpr.-Anl. 1919 84.50	3 1/2% dergl. 85.00
4% Preuss. Konsols 67.00	
3 1/2% dergl. 58.40	Industrie-Obligationen.
3% dergl. 57.00	4 1/2% Bad. Anilin- u. Sodaf. 115.00
4% Bad. Staats-Anleihe 74.50	5% Chem. Fabr. Griesheim 100.00
3 1/2% dergl. 64.00	4 1/2% Allg. Elektr.-Ges. 100.00
4% Württ. Staats-Anleihe 80.00	5% D. Uebersonn.-El.-Ges. 100.00
3 1/2% dergl. v. 1875 92.50	4 1/2% Maschinenf. Essling 105.00
3 1/2% dergl. v. 1879/80 75.00	4 1/2% M. Höhner A.-G.-Obl. 102.00
1885/90 75.00	
3 1/2% dergl. v. 1908 u. ff. 68.00	Aktien.
3% dergl. 66.00	Darmstädter Bank 182.00
	Deutsche Bank 303.00
Städte-Obligat.	Disc.-Kommandit Anteile 243.00
4% Baden-Baden 100.00	Dresdner Bank 217.00
3 1/2% dergl. 100.00	Hochener Bergb.-Gussst. 475.00
4% Darmstadt 100.00	Deutsch-Luxemb.-Bergw. 388.00
3 1/2% dergl. 100.00	Gelsenkirchener Bergwerk 845.75
4% Esslingen 97.50	Gelsenkirchener Gussstahl 100.00
4% Frankfurt a. M. 100.00	Harpener Bergbau 479.75
3 1/2% dergl. 85.00	Mannesmann 500.00
1% Freiburg i. Br. 87.00	Phoenix Bergbau 580.00
3 1/2% dergl. 85.00	Allg. Elektr.-Ges. 303.75
4% Karlsruhe i. Bad. 70.00	Bad. Anilin- u. Sodafabr. 525.00
3 1/2% dergl. 70.00	Chem. Fabr. Griesheim 402.00
4% München 100.00	Daimler Werke 286.00
4% Pforzheim 100.00	Maschinenfabrik Esslingen 807.50
3 1/2% dergl. 99.00	Gebr. Junghans 295.00
4% Stuttgart 75.00	Magirus 400.00
3% dergl. 75.00	Siemens u. Halske 326.00
4% Ulm a. D. 100.00	Hamburg-Amerika-Pak. 186.00
3 1/2% dergl. 100.00	Nordl. Lloyd 186.00
	Devisen.
Pfandbriefe.	Amerika 55.00
4% Württ. Hypothekbank 102.50	England 210.00
3 1/2% dergl. - verlosbar - 92.50	Frankreich 410.00
3 1/2% dergl. per 1912/15 89.00	Holland 1885.00
4% Württ. Kreditverein 102.50	Schweiz 880.00
3 1/2% dergl. - ganzjährig - 95.00	
3 1/2% dergl. - halbjährig - 99.25	

Inferiert im Tagblatt!